



**Antworten der  
Christlich Demokratischen Union Deutschlands (CDU)  
und der Christlich-Sozialen Union in Bayern (CSU)  
auf die Fragen des  
Bundesverbandes der Familienzentren e.V.**

1. Familienzentren tragen dazu bei, Bildungsgerechtigkeit und ein chancengerechtes Aufwachsen von Kindern zu unterstützen. Bislang gibt es keine bundesweit einheitlichen Anerkennungs-, Förderungs- und Qualitätskriterien für die Zentren, was zu extremer Ungleichheit führt. Was tun Sie?

2. Der Social Return on Invest von Familienzentren wurde bestätigt (Meyer-Gräwe, Spieß). Obwohl Kommunen, Länder und Bund profitieren, werden FaZe häufig als Modellprojekte oder durch (Anschub)finanzierung über begrenzte Zeiträume abgespeist. Welche nachhaltige und verbindliche Förderung planen Sie?

3. Was plant Ihre Partei für den qualitativen Ausbau von früher Familienförderung und zur Verbesserung des sozialräumlichen Bezugs? Was halten Sie von befristeten Bundesprogrammen? Wie könnte aus Ihrer Sicht eine nachhaltigere Qualitätsentwicklung für Familienzentren aussehen?

4. FamZentren fördern durch Sozialraumorientierung und bedarfsgerechte ganzheitliche Angebote Integration und Inklusion lokal besonders gut (Robert Bosch Stiftung). Inwiefern werden Sie sich dafür einsetzen, dass Familienzentren als zentrale Knotenpunkte in Präventionsketten gesehen/genutzt werden?

5. FamZentren arbeiten an den Schnittstellen der Zuständigkeiten von Ministerien/Behörden, zuständig für (Familien)Bildung, Gesundheit, Soziales, Work-Life-Balance, Armutsprävention. Welche Lösungen sehen Sie, dass FamZentren in der Konkurrenz um vorhandene Ressourcen angemessen berücksichtigt werden?

6. Vernetzung im Sozialraum und ein an Bedürfnisse der Familien angepasstes Angebot bedürfen einer Koordination. Die Zusammenarbeit von Familienzentren mit Kitas, Schulen, Gesundheits-, Sozial und Bildungsbehörden sowie Akteuren vor Ort brauchen zusätzliche Strukturen. Welche Pläne haben Sie hierzu?

**Antwort:**

**Die Fragen 1 bis 6 werden aufgrund des thematischen Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.**

Der Bund fördert derzeit im Rahmen seiner Kompetenzen das ESF-Bundesprogramm „Elternchance II“. Mittlerweile sind knapp 14.000 Elternbegleiter und Elternbegleiterinnen als kompetente Ansprechpersonen in Familienzentren, Kitas und Familienbildungsstätten aktiv. Faire Chancen für Kinder sind eng mit der frühen Förderung durch die Eltern verknüpft. Nicht jede Familie kann aber die Erziehung und den Alltag daran ausrichten. Viele Eltern haben Fragen rund um die Entwicklung und den Bildungsweg ihres Kindes. Qualifizierte Elternbegleiterinnen und Elternbegleitern unterstützen Eltern als Vertrauenspersonen dabei, Bildungszugänge im Familienalltag zu finden. Da das ESF-Bundesprogramm „Elternchance II“ Ende 2021 ausläuft, setzen wir uns als CDU und CSU für ein neues ESF-Bundesprogramm ein. Familienzentren werden ansonsten von den Ländern unterstützt.

**7. Welche Faktoren (Familienzentrumsöffnungszeiten, Beratungs-, Bildungs-Angebote, Partizipation der Eltern, Kinder ...) sind für Vereinbarkeit von Familie und Beruf und für Bekämpfung von Armut aus Sicht Ihrer Partei maßgeblich und wie planen Sie diese in der kommenden Legislatur gezielt zu verbessern?**

**Antwort:**

Zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Erwerbsarbeit hat sich der Bund am Ausbau in der Kinderbetreuung beteiligt. Allein für die Jahre 2020 und 2021 hat die unionsgeführte Bundesregierung insgesamt eine Milliarde Euro für den Ausbau der Kita-Kapazitäten bereitgestellt. So können 90.000 neue Betreuungsplätze in Kitas und in der Kindertagespflege geschaffen werden. CDU und CSU werden den Kita-Ausbau und die Weiterentwicklung der Qualität auch über 2022 hinaus weiter fördern. Darüber hinaus haben wir den Rechtsanspruch für die Ganztagsbetreuung im Grundschulalter auf den Weg gebracht.

Zur Bekämpfung der Kinderarmut haben wir in dieser Legislaturperiode ein umfangreiches Maßnahmenpaket verabschiedet. Zu nennen sind vor allem das Familienstärkungsgesetz, der Ausbau des Unterhaltsvorschusses, die Anhebung des Kinderzuschlags auf bis zu 205 Euro, die Aufstockung des Schulstarterpakets auf 150 Euro, der Wegfall der Eigenanteile zur gemeinschaftlichen Mittagsverpflegung in Kitas und Schulen und für die Schulbeförderung sowie die Ausweitung der Nachhilfefinanzierung. Das Kindergeld wurde um insgesamt 25

Euro je Kind erhöht. Der beste Schutz gegen Kinderarmut ist ein regelmäßiges und gutes Arbeitseinkommen der Eltern. Daher setzen CDU und CSU sich für gute Rahmenbedingungen für den Arbeitsmarkt und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ein.